

Zu: Ein Plädoyer für ein staatsnahes Forstwesen ¹⁾

Marktwirtschaft für den Staatsforst

Von Hubertus Rechberg

Seit der Säkularisation, den Revolten von 1848, Abdankungen, Besitzverschiebungen, haben Staat und Länder Wald in Eigentum genommen und bis heute behalten. Nach allen Evolutionen und Revolutionen, ist sehr wohl der erste Schritt zur Verstaatlichung gemacht worden, der zweite, Aufteilung und Überführung in die Privatwirtschaft, lässt aber seit rund 200 Jahren auf sich warten! Da Deutschland, nach demokratischen Anfängen, dann doch wieder von totalitären Systemen beherrscht war, ist es auch nicht verwunderlich, wenn an eine Überführung dieser Flächen in eine, marktwirtschaftlichen Erfordernissen entsprechende Nutzung und Besitzform, bisher nicht gedacht wurde. Nach 1945 mag es zunächst Wichtigeres gegeben haben und die früheren Vögte und heutigen Beschäftigten des Staatsforst dabei auch eine Rolle spielen, gehen sie doch auch heute von ihrer Unverzichtbarkeit aus. Für sie ist der öffentliche Arbeitgeber attraktiv.

In allen Bundesländern besteht heute im Waldbesitz ein Staatsoligopol

Nun haben vor wenigen Jahren aus Kostengründen und weil schon manchen Politikern das staatsforstliche Wichtigkeit auf die Nerven ging, in allen Bundesländern Forstreformen stattgefunden. Interessanter Weise hat dabei aber jedes Bundesland einen eigenen Weg gewählt. So hat es ganz unterschiedliche Lösungen gegeben, gerade so, als spielten die Erfüllung marktwirtschaftlicher und damit verfassungsmäßiger Lösungen keine Rolle. Es besteht der Eindruck, dass die jeweiligen Landesregierungen sozusagen kreativ wurden und extra Gesellschaften gründeten, Landratsämter einverleibten oder einfach ein neues Amt erfanden. Es entstanden Sägewerke mit Krediten und Preisdumping bei Rundholz Belieferungsvereinbarungen.

So besteht heute in allen Bundesländern, im Waldbesitz und auf Holzmärkten ein typisches Oligopol und zwar ein Staatsoligopol. Der marktwirtschaftliche Missstand ist dabei ein um so größerer, je höher der Anteil Staatsforst daran ist. In Bayern beträgt dieser 30 %, in NRW z.B. 10 %.

Natürlich braucht der Staat Waldfläche für Truppenübungsplätze und waldbauliche Versuchsanstalten, sowie landwirtschaftliche Staatsdomänen, aber eben nicht mehr. Keinesfalls braucht er, wie in Bayern, 700 000 ha Wald. Auch sind Gesetze, die den Gemeinden vorschreiben, sich auf deren Kosten vom Staat befördern zu lassen, in den ländlichen Kommunen eine Beleidigung der ansässigen Forstfachleute, die solche Waldwirtschaft aus Tradition kennen. Die Praxis führt dazu, dass der Staatsforst auch noch die Finger auf den kommunalen Wäldern hat, womit der staatsdominierte Waldwirtschaftsanteil sich nochmals verdoppelt und damit in Bayern etwa 2/3 des Gesamtaufkommens ausmacht.

Das verbleibende private Drittel ist dann meist in Waldbauernvereinigungen organisiert, was zunächst als Selbsthilfe

für Organisation und Absatz sinnvoll ist, wäre da nicht auch die staatsforstliche Einflussnahme über diverse Subventionierungen. Dem Steuerzahler kommt so ein System immer teurer und die Abhängigkeiten der Waldbesitzer nehmen zu. Schon schauen auch die Waldbesitzer heute nach den Fördertöpfen, wie es in der Landwirtschaft längst der Fall ist. Im Besonderen kleine Betriebe sind mit Auflagen, Zertifizierungen, Bewirtschaftungs-Beschränkungen und Bedingungen belastet, die jedes Unternehmertum und wirtschaftliche Unabhängigkeit an sein Ende führen. Subventionsmentalität statt Eigenverantwortlichkeit wird nun auch im Wald von den Forstbehörden herbei geführt, dabei wirkt es für Letztere wie ein Arbeitsbeschaffungsprogramm mit Nachhall Effekt. Aus der Erfahrung zieht eine Förderung absehbar die nächste hinter sich.

Marktwirtschaft sieht anders aus und wäre doch so einfach

Es heißt ja, nur dem Primat der Privatwirtschaft den Vortritt zu lassen! Von Staatsseite gilt das Waldgesetz und Privaten wenig in den Arm zu fallen. Welche Folgen ein nicht Marktwirtschaft-konformes, aber in Bayern gegebenes Staatsoligopol bundesweit nach sich zieht, zeigt das im Kasten aufgeführte Beispiel. Daran kann man exemplarisch sehen, welche volkswirtschaftlichen Verwerfungen entstehen, wenn Staats-Oligopole herrschen. Diese,

Österreichische Sägewerke in Deutschland

Großsägewerke in Deutschland werden fast alle von Österreichern betrieben! Wie kommt das? Bayern, hat über viele Jahre sein Staatsholz nach Österreich verkauft, um kurzfristig nicht auf den hiesigen Markt Einfluss zu nehmen. So sind die Säger in Österreich gewachsen, die Banken haben Vertrauen gefasst und dann die nächsten Großsägewerke näher am Einzugsgebiet finanziert, nämlich ihrer österreichischen Kunden. Dabei gab es ein Sägewerkssterben bei allen kleineren und mittleren Sägern, am Alpenrand und anderswo, was seine Folgen hat.

Dr. H. Rechberg
ist Ökonom und
1. Vorsitzender des BJV-
GAP und verwaltet ein
Forstgut in den Alpen.



Hubertus Rechberg
Dr.H.Rechberg@t-online.de

¹⁾ Stellungnahme zum Beitrag von H. R. Bolz in AFZ-DerWald Nr. 9/2010, S. 4 bis 5 und der Langfassung unter www.afz-derwald.de in der Rubrik „Onlinebeiträge“.

der Marktwirtschaft feindlichen Strukturen, bestehen auch nach den Forstformen verschiedener Länder fort.

Es besteht keine Eile, aber die Entwicklung zu einer marktwirtschaftlichen Orientierung des Staatswaldes hin, brächte einen Schub in Richtung von mehr Naturnähe, Arten- und Landschaftsschutz, einer Reduktion der staatlichen Konkurrenzierung Privater im Holzabsatz und auf den Beschaffungsmärkten. So würde, die heute geradezu noch archaisch anmutende Praxis, den Staatsfrost an unsere demokratischen Erfordernisse heranführen.

Welche Schritte würden dem Staatswald den Weg zu marktwirtschaftlichen Ufern ebnen?

Der Staat müsste seine dominante Rolle im Wald und Holzverkauf aufgeben.

1) Verkauf von Staatswald: Es gibt bereits Bestandsaufnahmen über Staatsforstflächen mit Lage und Größe. Aller Splitterbesitz sollte verkauft werden. Arrondierte größere Flächen sollen in Naturschutz überführt werden. Dabei mag es sein, dass eine neue, etwas eingeschränkte Art des Naturschutzes praktiziert wird, in dem Selbstwerber für Borkenkäfer Bearbeitung eingesetzt werden. Es könnten Flächen Natur- und Vogelschützern zur Betreuung und ggf. Habitatpflege überlassen werden. So gäbe es kaum Druck auf die Preise für Waldgrundstücke, was sonst ein Vorbehalt der Waldbesitzer Verbände wäre. Mit der Bejagung dieser Flächen können die anerkannten Vereinigungen der Jäger, im Rahmen amtlicher Abschusspläne, eingesetzt werden. Letzteres würde

in jedem Fall Sinn machen, denn nach dem Pareto-Prinzip, sollten sich Unternehmen um Umsatzanteile von weniger als 20 % vom Ganzen gar nicht kümmern, weil es unwirtschaftlich ist. Nimmt man die Verlautbarungen der Staatsforsten, die sich mit Wild beschäftigt, müsste die Jagd wirtschaftlich etwa 80 % Anteil haben, sie hat tatsächlich aber weniger als 5 % Anteil am Gesamtumsatz. Kein privates Unternehmen könnte sich derartiges leisten.

2) Für die Besetzung der Stellen aller Forsteinrichtungen und Behörden sollte die Erfahrung aus dem Gesundheitswesen genutzt werden, wo Kaufleute nicht nur für die Buchhaltung Vorteile, sondern auch in punkto Mitarbeiter-Qualifikation, Betriebsklima und auch in der Kundenzufriedenheit positive Effekte brachten. Es ist ein Drama und Zeichen guter Lobbyarbeit, dass es den Staatsforst-Seilschaften schon gelang, Ministerposten zu besetzen und in Gremien, Regierung oder Rechnungshof Eingang zu finden. Wenn die Politik es nicht schaffen sollte, sich der Unterwanderung durch diese Lobby zu widersetzen und ihr entgegen zu wirken, dann ist es um die Freiheit von Wald und Waldbesitzern und nicht nur um diese geschehen. Fauna und Flora leiden weiter stumm mit.

3) Unternehmerisches Tun seitens des Staates im Wald oder bei Holzsägern etc. sollte, auch da wo es Cluster heißt, ohne Zeitdruck beendet werden. Staatliche Kredite an den eigenen Sägekunden sind zurückzuführen.

4) Entfällt die Konkurrenzierung der Privaten durch den Staat, kann ein positiver Effekt für die Preise erwartet werden und es könnten, zur Freude der Steuerzah-

ler, die vielen kleinen Almosen, die in der Regel die Verwaltungskosten nicht decken und Abhängigkeiten schaffen, aufhören.

Die Natur braucht den Menschen nicht

Dass die Natur den Menschen nicht braucht, sondern umgekehrt, ist inzwischen allen bekannt. Das gilt für den Wald genauso. Wer anderes behauptet, erwartet sich davon einen Beschäftigungsvorteil. Die gewissermaßen erzwungene Bevormundung Privater heute durch den Staatsforst, mit dem Füllhorn der Fördermittel unter dem Arm, stellt die Natur auf den Kopf. Dem Auerwild als Beispiel, wird der Garaus gemacht, weil ihm mangels Wild der Lebensraum zuwächst, das besonders am Berg mit falschem Laubholz in der Krummholzzone. Der private, wie der öffentliche Waldbesitz verliert die Ertragskraft und es droht die ertragslose Forstwirtschaft. Die Beschattung der Steillagen durch zu dichten Wald lässt die Grasnarbe schwinden, Oberflächliches schwemmt nun bei Starkregen ab. Die Humusbildung geht zurück. Die zu dichten Wälder in Altersklassen Monokultur halten erst Regen, dann Schnee und Wind nicht aus, wie wir sehen. Auf 100 Jahre besteht die Gefahr, dass so etwas eintrifft, vor allem im Winterhalbjahr. Im Flachland ist die Umtriebszeit etwas kürzer.

Ohne staatsforstliche Einmischung, in der Regel gegen die Privaten, mit Fördermitteln, Zuckerbrot und Peitsche, sähe die Zukunft besser aus. Das ist in allen Bundesländern gleich. Aufwachen heißt die Devise, es ist kurz vor 12:00 Uhr! ◀